



**DIRK TOEPFFER IM GESPRÄCH ÜBER
DIE LEHREN AUS DER CORONA-PANDEMIE
„NACH DER KRISE WERDEN
WIR ÜBER KONSEQUENZEN
REDEN MÜSSEN“**

EDITORIAL



Sehr geehrte Damen und Herren,

das Interessanteste an der Tätigkeit als Abgeordneter ist, dass man wirklich nie weiß, was als nächstes passiert. Inzwischen geht es wohl jedem so. Niemand konnte sich vorstellen, wie sehr die Ansteckungsgefahr durch das neuartige Coronavirus unser Leben verändert und welche weitgehenden Eingriffe in wesentliche Grundrechte seitens der Regierungen erlassen werden müssen.

Krisenzeiten sind die Stunde der Exekutive. Entscheidungen müssen schnell getroffen und umgesetzt werden. Eine normale parlamentarische Begleitung des Regierungshandelns ist schwierig. Gleichwohl ist das Parlament in diesen Tagen nicht unwichtig. Die Abgeordneten sind derzeit im ganzen Land wichtige Ansprechpartner für die Menschen. Sie erfahren Sorgen und Probleme, an die in der Eile niemand gedacht hat. Als CDU-Fraktion bündeln wir diese Informationen und lassen sie in das Regierungshandeln einfließen. Zusätzlich müssen wir den Austausch der Positionen und Meinungen im Parlament sicherstellen. Die Kontrolle des Regierungshandelns kann nur das Parlament als Vertreter des Volkes sicherstellen. Der Landtag wird diese Aufgabe für Niedersachsen wahrnehmen!

Jens Nacke
Parlamentarischer Geschäftsführer

ÄNDERUNGEN ZUM VORTEIL DER LANDWIRTSCHAFT

NEUE DÜNGEVERORDNUNG TRÄGT NIEDERSACHSENS HANDSCHRIFT



Der Bundesrat hat Ende März die neue Düngeverordnung mit Änderungen beschlossen, auf die insbesondere das Land Niedersachsen gedrungen hat. Die CDU-Landtagsfraktion hätte sich eine reguläre Beratung zu einem späteren Zeitpunkt gewünscht. Noch besser wäre ein grundsätzliches Aussetzen bis zum Jahr 2021 gewesen, um die neuen Regelungen mit unseren Landwirten und deren Organisationen im Detail zu besprechen und aus fachlicher Sicht zu beurteilen.

Angesichts der Corona-Pandemie konzentrieren sich die Landwirte derzeit unter Hochdruck auf die Sicherung unserer Lebensmittelversorgung. Darum hat sich Niedersachsen im Bundesrat bei der Abstimmung enthalten. Die nun beschlossene Düngeverordnung enthält aber gegenüber der ursprünglichen Fassung weitreichende Änderungen zum Vorteil unserer bäuerlichen Landwirtschaft.

Planungssicherheit, Binnendifferenzierung und späterer Beginn

Der Hartnäckigkeit der niedersächsischen Verhandlungsführer ist es zu verdanken, dass sich der Bund zum niedersächsischen Modell der verursacherorientierten Binnendifferenzierung bekannt hat. Damit wird eine kollektive Sanktionierung aller Landwirte in roten Gebieten verhindert. Ebenso steht die Planungssicherheit der Betriebe im Vordergrund, und so ist es gut, dass die einschränkenden Maßnahmen des Bundes in den roten Gebieten, wie z.B. die Minderung um 20%, nicht vor dem 1.1.2021 in Kraft treten werden. Nun wird es im Besonderen auf die Bund-Länder-Arbeitsgruppe ankommen, die Details der binnendifferenzierten Ausweisung der roten Gebiete und ein bundeseinheitliches Messstellennetz ausarbeiten wird. Dieser Prozess wird durch Niedersachsen eng begleitet werden.

AUS DEM PLENUM

Ein Parlament im Ausnahmezustand

Absage von Ausschusssitzungen und Veranstaltungen, keine Besucherguppen im Haus und Abgeordnete auf Abstand: Die Corona-Pandemie stellt auch den Landtagsbetrieb vor unbekannte Herausforderungen. Während die Landesregierung mit Verordnungen und Notprogrammen im Krisenmodus agiert, suchen die Parlamentarier nach ihrer Rolle. Nicht wenige rufen nach mehr Beteiligung.

Für dieser Tage seltene Heiterkeit sorgte Vizepräsident Bernd Busemann, als er während der nur eintägigen März-Sitzung des Landtages befürchtete, er könnte – vom Desinfektionsmittel „ganz benebelt“ – wieder in eine Polizeikontrolle geraten. Zuvor hatte der Saaldierer das Pult vor ihm gründlich desinfiziert, wie schon mehrfach im Verlauf der Diskussion um den Corona-Nachtragshaushalt. Und in der Tat: Nach nur wenigen Minuten war das Präsidium gehüllt in das mittlerweile allen wohlbekannte Alkoholdampfgemisch von Ethanol und Propanol.

Abgeordnete nehmen auf Besuchertribüne Platz

Ein Parlament im Notbetrieb: Auf Besuchergruppen war schon im Februar verzichtet worden, nun sitzen die 137 Abgeordneten weit auseinander im Rund des Niedersächsischen Landtages, auf hinzugestellten Stühlen und auf der Besuchertribüne. Penibel achtet die Verwaltung auf die Einhaltung des Mindestabstandes, die Stenografen protokollieren im Büro, Mitarbeiter der Fraktionen haben bis auf Weiteres keinen Zutritt zum Plenarsaal. Und auch



sonst scheint nichts, wie es einmal war: Den Nachtragshaushalt zur Bewältigung der Pandemie winkt auch die Opposition nach kurzer Debatte durch. CDU und FDP unterstützen die Aussetzung der Schuldenbremse, die AfD stellt sich – zunächst – demonstrativ hinter die Regierung. Antragsberatungen, Arbeitskreis- und Ausschusssitzungen sind vorerst abgesagt, Mitarbeiter im Home Office. Die Regierung arbeitet, und das Parlament ruht?

Schnelle Hilfe und Telefonkonferenzen

Ganz so einfach ist es nicht. Zwar liegen wegen der Absage von Ausschusssitzungen die meisten Vorhaben zurzeit auf Eis. Nur langsam fährt der Betrieb wieder hoch, Telefon- und Videokonferenzen ersetzen den direkten Kontakt. Doch hinter den Kulissen arbeiten die Fraktionen nach dem zügig beschlossenen Hilfspaket bereits daran, wie eine Rückkehr zur parlamentarischen Normalbetrieb gestaltet werden kann. So fordern nicht nur FDP und Grüne nach zunächst selbstverordneter staatspolitischer Zurückhaltung mehr Mitsprache beim Umgang mit der Corona-Pandemie. Auch die Abgeordneten von CDU und SPD tragen mit eigenen Ideen dazu bei, dass niemand durch das Sicherheitsnetz fällt, das sie gespannt haben. In der Krise mag die Stunde der Regierung schlagen, doch auch die Abgeordneten wollen ihrer verfassungsmäßigen Aufgabe wieder nachkommen: Die Bürger vertreten und die Regierung kontrollieren. Die für Ende April angesetzte Sondersitzung des Landtages zeigt, dass sie dieser Pflicht auch in der Krise nachkommen wollen.



Am Kröpcke, Hannovers größter U-Bahn-Station, ist die alltägliche Betriebsamkeit zum Erliegen gekommen.

CORONA-PANDEMIE IN NIEDERSACHSEN

Wie das Land hilft, und was für die Bürgerinnen und Bürger nun gilt

Seit geraumer Zeit müssen wir aus Verantwortung für uns alle auf unser gewohntes Leben verzichten. Deutschland – und damit auch Niedersachsen – befindet sich in einem sogenannten Shutdown. Wirtschaft, gesellschaftliches Leben und unsere täglichen Gewohnheiten sind auf ein Minimum reduziert. Dies alles dient dem Schutz unserer Bevölkerung, und so sehr einige auch an den Maßnahmen zweifeln: die Gesundheit der Menschen geht vor.

Die Schließung der Kindergärten, Schulen und vieler öffentlicher Einrichtungen war ein richtiger und konsequenter Schritt. Ebenso mussten und müssen vor allem unsere Sicherheitsbehörden, Rettungsdienste und Gesundheitsdienste arbeits- und handlungsfähig bleiben. Dort, wo Arbeiten im Homeoffice möglich ist, wird das konsequent genutzt. Arbeitgeber und Arbeitnehmer beweisen in Zeiten der Corona-Krise größtmögliche Flexibilität.

Hilfe für Betriebe

Gerade unseren klein- und mittelständischen Unternehmen wollen wir schnell und unbürokratisch helfen. Wir gewähren Sofort-Zuschüsse, um drohende Insolvenzen zu vermeiden und ge-

hen davon aus, dass Steuerstundungen bis hin zu Verrechnungen mit Verlusten aus dem Vorjahr den Betrieben Luft verschaffen. Unsere Finanzbehörden wurden angewiesen, entsprechend zu verfahren. Zudem kann umgehend das Instrument der Kurzarbeit genutzt werden. Die Regionaldirektion der Bundesanstalt für Arbeit hilft nach den bisherigen Erfahrungen schnell und unkompliziert.

Mit Disziplin und Einsicht Infektionsketten unterbrechen

Wir alle sind weiterhin gefordert. Das Leben geht weiter, aber es wird in den nächsten Wochen weiterhin Einschränkungen geben. Die bisherigen Maßnahmen zur Reduzierung der Infektionsge-

windigkeit haben ihre erste Wirkung gezeigt. Unser Dank gilt allen Bürgerinnen und Bürgern, die sorgsam, diszipliniert und besonnen mit der besonderen Situation umgehen. Wir dürfen jetzt aber kein Risiko eingehen und das bisher Erreichte gefährden. Wir können das öffentliche und wirtschaftliche Leben nur stufenweise wieder anfahren. Diese Krise werden wir nur gemeinsam bewältigen, wenn wir das Infektionsgeschehen weiter verlangsamen und damit unser Gesundheitssystem in die Lage versetzen, jedem die bestmögliche Behandlung zu gewährleisten.

Erste Öffnung von Geschäften

Auch wenn es für die Menschen und unsere Wirtschaft hart ist, bleiben viele Einschränkungen erst einmal bestehen. Es gilt, weiterhin Abstand zu halten und die Hygieneregeln zu beachten. Zusätzlich werden die Testkapazitäten deutlich erhöht und mit der Tracking-App die Prävention weiter verbessert. Besonders wichtig ist die Stärkung der personellen Kapazitäten der öffentlichen Gesundheitsdienste. Der Einzelhandel wird in vielen Bereichen unter Beachtung der Schutzmaßnahmen schrittweise wieder öffnen. Seit dem 22. April dürfen Geschäfte mit einer Verkaufsfläche bis 800 Quadratmeter wieder öffnen. Auch Autohäuser, Fahrradhandel, Buchhandlungen und Bibliotheken dürfen öffnen. Ebenso dürfen Schnittblumen wieder auf Wochenmärkten verkauft werden.

Schule startet schrittweise

Im besonderen Fokus steht der Bildungsbereich. Auch hier muss es darum gehen, die Sicherheit und die Gesundheit von Schülern und Lehrpersonal im Blick zu behalten. Nachdem wir erstmals in der Geschichte Niedersachsens Schulen und Kindergärten schließen mussten, werden wir jetzt erstmal schrittweise den Schul-



Der Mund-Nasen-Schutz schützt Andere und ist ab 27.04. im ÖPNV und im Einzelhandel vorgeschrieben.

betrieb wieder aufnehmen. Die gewohnte Normalität wird es in den nächsten Wochen und Monaten in unseren Schulen dennoch nicht geben. Es wird eine Mischung aus Präsenz in der Schule und Lernen zu Hause werden. In den Schulen wird es entsprechende Hygienekonzepte geben. Bereits seit dem 22. April gilt heimisches Lernen für alle Schülerinnen und Schüler. Ab dem 27. April beginnt der stufenweise Wiedereinstieg. Ab dem 18. Mai wird eine neue Zwischenbilanz der Länder gezogen, um dann in weiteren Schritten die verbleibenden Jahrgänge 2, 7, 8, und 11 sowie die Jahrgänge 1, 5 und 6 wieder aufzunehmen. Die Notbetreuung bleibt in allen Schulen und Kitas aufrechterhalten und wird ausgeweitet. Wichtig ist uns auch der regelmäßige Kontakt zwischen Lehrkräften und Schülerinnen und Schüler, der jetzt verbindlich geregelt ist.

Regeln einhalten – Masken auf

Trotz der Lockerungen sollten wir weiterhin alles dafür tun, die bestehenden Regeln einzuhalten. Wir werden diese Krise nur gemeinsam bewältigen können. Zusätzlich zu den bisherigen Regeln gilt in Niedersachsen ab dem 27. April die Pflicht, im ÖPNV und beim Einkaufen eine Mund-Nasen-Bedeckung zu tragen.



FFP2-, besser FFP3-Atmungschutzmasken schützen auch vor eigener Ansteckung.

Interview

„NACH DER KRISE WERDEN WIR ÜBER KONSEQUENZEN REDEN MÜSSEN“

Das Coronavirus hat das Land fest im Griff. Auch wenn rückläufige Infektionsraten und die sukzessive Öffnung von Schulen und Geschäften eine stückweise Rückkehr zur Normalität suggerieren: In Verzicht und sozialer Distanz werden sich die Menschen wohl noch das ganze Jahr üben müssen. Im BL-Interview spricht CDU-Fraktionschef Dirk Toepffer über das Krisenmanagement der Landesregierung und über politische Lehren aus der Pandemie.

Herr Toepffer, es scheint, der Parlamentsbetrieb ist in einen Dornröschenschlaf gefallen. Die Regierung handelt entschlossen, während Gespräche, Ausschüsse und Fraktionsgremien abgesagt werden. Hand aufs Herz: War Ihr Kalender jemals so leer wie aktuell?

In der Tat liegt vieles auf Eis, das wir in den kommenden Wochen und Monaten angegangen wären. Ich denke beispielsweise an den jüngsten Haushaltsüberschuss, den wir für kräftige Investitionen in die Verkehrsinfrastruktur und den Klimaschutz aufwenden wollten. Das ist natürlich in den Hintergrund gerückt, auch wenn diese Themen nach der Krise an Bedeutung eher noch gewinnen dürften. Es ist aber nicht so, dass wir Abgeordnete gerade Däumchen drehen! Vieles läuft hinter den Kulissen. Ehrlich gesagt habe ich selten so viel telefoniert und geskypet wie in den letzten Tagen. Meinen Fraktionskolleginnen und -kollegen ergeht das ganz ähnlich. Es geht jetzt darum, die Entscheidungen zu erklären und um Vertrauen in die Entscheidungsträger zu werben.

Sie sprechen von Kontaktverboten, Schulschließungen und dem Runterfahren des gesamten öffentlichen Lebens. Haben Sie den Eindruck, dass die Bevölkerung die doch sehr massiven Eingriffe in die Grundrechte noch lange hinnehmen wird?

Ich bin überzeugt, dass der weit überwiegende Teil der Menschen sehr gut einzuschätzen weiß, warum wir diese Einschränkungen vornehmen und dass diese ein natürliches Ablaufdatum haben. Die Zustimmungswerte für die Regierungen in Bund und Ländern waren selten so hoch wie zurzeit. Das zeigt: Die Menschen vertrauen ihren gewählten Entscheidungsträgern, und das ist in einer Krise sehr wichtig. Gleichzeitig müssen wir aber auch deutlich machen: Diese Krise wird irgendwann vorbei sein, und dann müssen auch alle Einschränkungen ein Ende finden. Zur Wahrheit gehört allerdings, dass wir trotz vereinzelter Lockerungen an diesem Punkt vermutlich erst dann sind, wenn es einen Impfstoff gibt.

„Ich bin dankbar in einem Land zu leben, dessen Regierung keinen Plan zur Einschränkung der Grundrechte fertig in der Schublade hat“



Das Krisenmanagement der Landesregierung stand zuletzt wegen zunächst überzogener Kontaktverbote und Problemen bei der Antragsbearbeitung durch die NBank in der Kritik. Wie beurteilen Sie die Arbeit der Landesregierung?

Zunächst einmal bin ich froh und dankbar in einem Land zu leben, dessen Regierung keinen Plan zur Einschränkung der Grundrechte und des öffentlichen Lebens schon fertig in der Schublade hat. Diese Pandemie stellt alles Bekannte in den Schatten, und da ist es nur selbstverständlich, dass Fehler passieren. Wichtig ist doch, dass die parlamentarische Kontrolle trotz Krise funktioniert und die zu Recht kritisierte Verordnung des Sozialministeriums korrigiert wurde. Und auch die NBank hat nach der Intervention unseres Wirtschaftsministers Bernd Althusmann in den Krisenmodus geschaltet und die Kapazitäten deutlich erhöht. Der Krisenstab kommuniziert verlässlich und transparent, in die Fraktionen ebenso wie in die Bevölkerung. Natürlich war nicht alles gut und richtig, und auch auf Bundes- und europäischer Ebene werden wir nach überstandener Krise über Konsequenzen sprechen müssen.

„Der Krisenstab kommuniziert verlässlich und transparent“

Was meinen Sie konkret?

Es ist beispielsweise offen zutage getreten, dass wir nicht in der Lage sind, weder für unsere Bevölkerung noch für unser medizinisches und pflegerisches Personal ausreichend Schutzausrüstung vorzuhalten. Auch gibt es bis heute Engpässe bei Medikamenten, Hygieneartikeln oder ausgewählten Gütern des alltäglichen Bedarfs. Wir müssen die Frage beantworten, was uns autarke Versorgung mit dem Nötigsten wert ist, auch in einer vernetzten und auf Handel ausgerichteten Weltgemeinschaft. Denn in der Not sind es gerade diese Güter, die uns fehlen. Sicherlich ließe sich das national regeln, vielleicht könnte hier aber auch ein neues großes und im wahrsten Sinne greifbares europäisches Projekt entstehen, von dem die Bürger in allen EU-Mitgliedsstaaten profitieren.

3 FRAGEN AN...

Mareike Wulf, bildungspolitische Sprecherin, zur Wiederaufnahme des Schulbetriebs

Die Schulen und Kindertagesstätten sind seit dem 16. März geschlossen. Nun soll der Schulbetrieb sukzessive wieder beginnen. Wie sieht der Fahrplan konkret in Niedersachsen aus?

Es ist gelungen, einen bundesweit einheitlichen Rahmen zur Wiederaufnahme des Schulbetriebs abzustimmen. Dieses Vorgehen ist zu begrüßen. In Niedersachsen starten die Jahrgänge, die vor einer Abschlussprüfung stehen, am 27. April. In einem Stufenmodell folgen dann nach und nach ab dem 4. Mai weitere Klassen. Die Kitas bleiben geschlossen. Geplant ist aber, die Notbetreuung auszuweiten, um besonders belastete Eltern zu entlasten. Ich denke hier beispielsweise an Alleinerziehende.

Prüflinge in allen Schulformen fragen sich zurzeit, ob und in welchem Umfang sie ihre schulischen Abschlussprüfungen überhaupt ablegen können. Wie positioniert sich die CDU-Landtagsfraktion in dieser Frage?

Als CDU-Fraktion ist uns besonders wichtig gewesen, dass die Prüfungen stattfinden können. Wir wollen nicht, dass Schülerinnen und Schüler ihr Leben lang durch einen besonderen „Corona-Abschluss“ schlechter gestellt werden. Dies wäre nur vertretbar, wenn sich die Lage in Niedersachsen massiv verschärft.

Wie wichtig digitales Lernen ist, zeigt sich während der Schulschließung ganz aktuell. Seit Ende Februar steht den Schulen die Niedersächsische Bildungscloud zur praktischen Erprobung zur Verfügung. Wird die Digitalisierung von Schule nun noch kräftiger vorangetrieben?

Digitale Tools können den regulären Schulbetrieb nicht ersetzen. In Krisenzeiten sind die Möglichkeiten der Digitalisierung aber eine gute Voraussetzung dafür, dass Unterricht überhaupt stattfinden kann. Dass wir unseren Schulen so schnell eine umfangreiche Bildungscloud zur Verfügung stellen konnten und viele Lehrkräfte ganz selbstverständlich auf digitalen Wegen mit ihren Schülerinnen und Schülern in Kontakt getreten sind, zeigt, dass wir bereits auf einem guten Weg sind. Wir sehen in diesen Tagen aber auch Defizite und brauchen zukünftig landesweite Standards. Das geht am besten über ein „Digitale-Schule-Gesetz“. Wir wollen gleiche Bedingungen für alle sicherstellen und die Digitalisierung unserer Schulen auf die Überholspur bringen.



IMPRESSUM

Herausgeber:

CDU-Fraktion
im Niedersächsischen Landtag
Hannah-Arendt-Platz 1
30159 Hannover
www.cdu-fraktion-niedersachsen.de

Verantwortlich:

Jens Nacke MdL
Parlamentarischer Geschäftsführer

Redaktion:

Sabine Busse
Ralph Makolla
Doreen Helms
Marco Zacharias
Telefon (05 11) 3030-4119
bl@cdu-fraktion-niedersachsen.de
Die Fraktion auf Facebook:
www.facebook.com/CDU.LtFraktion.Nds
Die Fraktion auf Instagram:
www.instagram.com/cdu.fraktion.nds

TERMINE

12. – 14. Mai 2020 (unter Vorbehalt): Plenum

Bildnachweis:

Titel: picture alliance/augenblick/GES
Düngeverordnung: pixabay